

Stephan Schulmeister Die Bundesbank: Hüter der Stabilität oder des Finanzkapitals?

Gesellschaftliche Institutionen wie Regierungen, Notenbanken oder Parteien verwirklichen ihr Machtstreben als »Mischung« von zwei Extremen: der »macchiavellistischen« und der »messianischen« Grundhaltung. Für Macchiavellisten ist Erhalt und Ausweitung von Macht Selbstzweck, »höhere« Ideale oder wissenschaftliche »Wahrheiten« werden sie zwar zur Legitimation verwenden, aber eben nur als Mittel zum Zweck. Messianisten ist ein solcher Zynismus fremd, in ihrem Selbstverständnis streben sie ja nicht nach Macht, sondern dienen einem höheren Zweck wie der Wahrheit, der Freiheit oder der Stabilität.

Die Bundesbank ist eine Institution, deren Selbstverständnis stärker von messianischem Geist beseelt sein dürfte als von macchiavellistischem Kalkül: Ihr geht es um die Verteidigung der einfachen Wahrheiten des Wirtschaftslebens und um die Erhaltung seiner Grundwerte, insbesondere des Geldwerts. Wer wie Helmut Schmidt (*Die Zeit*, 8. November 1996) der Bundesbank vorwirft, wie ein »Staat im Staate« zu agieren und das Euro-Projekt aus Eigennutz zu sabotieren, mag zwar objektiv recht haben, kann aber den Adressaten seiner Kritik nicht erreichen (und erhält daher auch keine Antwort): Mit ihrem Sendungsbewußtsein erhebt sich die Bundesbank über jeden Vorwurf macchiavellistischer Politik.¹

Um die subjektive Seite ihrer Politik zu beleuchten, sollen zunächst Selbstbild und Weltanschauung der Bundesbank skizziert werden. Danach wird gezeigt, welchen Interessen ihre Verhaltensmuster objektiv am meisten nützen: ökonomisch jenen des *Finanzkapitals* und nicht jenen der Unternehmer (des Realkapitals), politisch dem *Konservatismus* sowie dem *eigenen Fortbestand*.

WELTANSCHAUUNG UND SELBSTBILD DER BUNDESBANK

Die Bundesbank sieht sich als Hüter der wirtschaftlichen *Stabilität*, worunter sie wiederum die Stabilität der deutschen Währung versteht, nach

innen (Preisstabilität) und nach außen (harte DM). Ein bestimmtes Mindestniveau der Beschäftigung, des sozialen Ausgleichs oder der Versorgung mit öffentlichen Gütern gehört nicht zur Stabilität in *ihrem* Sinn.

Der auf den Geldwert reduzierte Stabilitätsbegriff der Bundesbank ist Teil ihrer ökonomischen *Weltanschauung*, nämlich jener des (Neo)Liberalismus in monetaristischem Gewand:

– *Allein* der Preismechanismus auf freien Güter-, Arbeits-, Kapital- und sonstigen Finanzmärkten ermöglicht die effizienteste Lösung des Problems, was, wie und für wen produziert werden soll: das allgemeine Gleichgewicht.

– Alle »Wirtschaftssubjekte« bilden ihre Erwartungen »rational«, das heißt auf der Grundlage des »wahren« Modells, welches wiederum die Theorie des allgemeinen Gleichgewichts selbst ist.

– Marktpreise spiegeln realwirtschaftliche »Fundamentalewerte« wider: Der Lohnsatz entspricht der Grenzproduktivität der Arbeit, der Zinssatz jener des Kapitals, die Wechselkurse machen die Preisniveaus in den verschiedenen Ländern gleich, die Aktienkurse spiegeln den realen Wert der Unternehmen wider etc.

– Eine nachhaltige Abweichung von Wechselkursen, Zinssätzen und Aktienkursen von ihren realwirtschaftlichen Fundamentalwerten ist im Rahmen der herrschenden Wirtschaftstheorie nicht vorgesehen und daher nicht möglich (Theorem von Prof. Palmström).

– Die staatliche Wirtschafts- und insbesondere Sozialpolitik stört das Spiel der Marktkräfte und verhindert so das Erreichen des gesamtwirtschaftlichen Optimums.

Aus diesen Prämissen lassen sich die wichtigsten *Diagnosen* und *Therapien* ableiten:

– Hauptursachen für Arbeitslosigkeit sind zu hohe Reallöhne, Regulierungen des Arbeitsmarkts (Kündigungsschutz etc.) sowie die Arbeitslosenunterstützungen. Die strukturell bedingte und deshalb »natürliche« Arbeitslosenrate ist durch überzogene Ansprüche der Gewerkschaften immer mehr gestiegen.

– Versucht der Staat, die Arbeitslosigkeit unter ihr »natürliches« Niveau zu senken, so steigt lediglich die Inflation an; generell sollte sich der Staat aus der Wirtschaft zurückziehen, um die Entfaltung der Marktkräfte nicht zu behindern.

– Hauptursache für Budgetdefizit und Staatsverschuldung ist der »ausufernde Wohlfahrtsstaat«. Dieser schadet dem Gemeinwohl nicht nur wegen der Verzerrung der Wettbewerbsverhältnisse, sondern auch deshalb, weil das für seine Finanzierung nötige Defizit die Zinsen in die Höhe treibt.

– Neben konsolidierten Staatsfinanzen durch Rückbau des Sozialstaats

ist das wichtigste Ziel der Wirtschaftspolitik die Bekämpfung der Inflation durch eine Geldmengensteuerung sowie die Sicherstellung eines hohen Außenwerts der Währung.

Das neoliberale Weltbild bietet nicht nur klare Diagnosen und Therapien, sondern überwindet auch den Gegensatz zwischen *Egoismus* und *Moral*:

– Wer selber immer reicher wird, braucht sich angesichts steigender Armut nicht zu genieren: Sein Einkommen spiegelt seine gestiegene Produktivität und damit Leistung wider.

– Wer Spekulationsgewinne auf Finanzmärkten erzielt, dient damit dem Allgemeinwohl: Er treibt Wechselkurse, Zinssätze oder Aktienkurse zu ihren fundamentalen Gleichgewichtswerten (destabilisierende *und* profitable Spekulation ist gemäß dem Palmströmschen Theorem nicht möglich).

– Wer als Gutsituierter für Sozialabbau und Steuersenkungen eintritt, kämpft damit auch für Freiheit (der Märkte) und (Leistungs)Gerechtigkeit.

– Wer arbeitslos wurde, ist daran zwar selber schuld, weil er zu teuer, inflexibel oder ungebildet ist, doch bietet diese Einsicht auch Ermutigung: Indem man die eigene Arbeitskraft billiger macht und/oder sie verbessert, kann jeder einen Arbeitsplatz erringen.

Der moderne (zeitgemäße) Charakter des ökonomischen Weltbilds der Bundesbank wird durch den Kontrast zum überkommenen Keynesianismus deutlich:

– Nach dieser Theorie prägen auch Emotionen das ökonomische Verhalten, die sich zu optimistischen oder pessimistischen Marktstimmungen aufschaukeln können.

– Wegen der mit kurzfristiger Spekulation verbundenen Erregungen sind Stimmungsschwankungen auf Finanzmärkten am stärksten ausgeprägt: Die Verlockungen der »schnellen Mark« dämpfen die langfristigen Realinvestitionen und damit das Wirtschaftswachstum.

– Um das Gewinnstreben auf Produktion, Investition und Handel auf *Gütermärkten* zu lenken, sollen die monetären Rahmenbedingungen für die Unternehmen möglichst stabil gehalten werden, insbesondere durch feste Wechselkurse und niedrige Zinssätze.

– Grundthese der keynesianischen Theorie war, daß die Konkurrenz der einzelnen Akteure auf Märkten zwar einen unverzichtbaren Steuerungsmechanismus darstellt, daß er aber *allein* nicht ausreicht, um Vollbeschäftigung zu erreichen und zu erhalten.

In den fünfziger und sechziger Jahren hatte sich die Wirtschaftspolitik am Keynesianismus orientiert, diese Sichtweise konnte erst durch den wissenschaftlichen und politischen Fortschritt seit Beginn der siebziger Jahre überwunden werden.

Das prekäre Verhältnis von Erkenntnis und Interesse, von Wahrheit und Rechtfertigung bringt es mit sich, daß man subjektiv dem Gemeinwohl dienen kann, objektiv aber partikulären Interessen, nicht zuletzt den eigenen. In Erwägung dieser Möglichkeit soll dem Selbstbild der Bundesbank ein Alternativbild gegenübergestellt werden, um jenen Raum weit genug zu fassen, innerhalb dessen sich das »wahre« Bild befindet (dieses mögen sich die Leser selber machen).

In diesem Alternativbild stellen Weltanschauung und (geld)politische Praxis der Bundesbank einen wissenschaftlich verbrämten Lobbyismus dar, und zwar zugunsten der Interessen des *Finanzkapitals* und zu Lasten des Realkapitals (der Unternehmer) sowie der Arbeitnehmer, zugunsten des politischen *Konservatismus* und zu Lasten einer solidarischen Politik, und nicht zuletzt zugunsten des *Eigeninteresses* am Erhalt ihrer Macht als hegemoniale Zentralbank Europas.

Anders gesagt: im Sinne messianistischer Politik vertritt die Bundesbank eine solche (Heils)Lehre, in der die Verfolgung der spezifischen Interessen der Besitzer großer Finanzvermögen (Rentiers) und ihres eigenen Machtanspruchs als Dienst am Gemeinwohl erscheint; diese (Heils)Lehre heißt *Monetarismus*.

Die Interessegebundenheit des Monetarismus läßt sich an seinen Forderungen erkennen:

– Absolute Priorität für die Bekämpfung der *Inflation*: Letztere ist der »Todfeind Nr. 1« für das Finanzkapital, nicht aber für Realkapital und Arbeit; vielmehr sind lang dauernde Phasen eines starken Wachstums von Produktion und Beschäftigung und hoher Unternehmensgewinne von einer stabilen Basisinflation begleitet (in den fünfziger und sechziger Jahren lag die Inflation in Japan bei 5 Prozent pro Jahr, in Deutschland bei nicht ganz 3 Prozent); diese erleichtert den Strukturwandel und fördert das Wachstum durch niedrige Realzinsen.

– Bekämpfung der *Staatsverschuldung*: Letztere ist der »Todfeind Nr. 2« für das Finanzkapital (jede Entwertung des Finanzkapitals erfolgte historisch entweder durch eine Hyperinflation oder durch einen Staatsbankrott). In dieser Forderung kommt freilich ein unlösbares *Dilemma* der Rentiers zum Ausdruck: Einerseits wünschen sie sich *hohe Realzinsen*, andererseits dämpfen letztere die Investitions- und Verschuldungsbereitschaft der Unternehmer (»Realkapitalisten«) und damit das Wirtschaftswachstum, so daß *Staatsanleihen* zur Budgetfinanzierung die wichtigste Veranlagungsform der Rentiers werden (müssen).

– Maximale *Liberalisierung* nicht nur der Güter- und Arbeitsmärkte,

sondern auch und gerade der *Finanzmärkte*: Der spekulative Handel mit Devisen, Anleihen, Aktien und Rohstoffen, insbesondere aber mit ihren Derivaten (Futures und Optionen) stellt für die modernen Manager des Finanzkapitals die größte Gewinnquelle dar.

– Zurückdrängung des Einflusses von *Staat* und *Gewerkschaften* sowie Rückbau des *Sozialstaats*: Je größer die Bedeutung des Steuersystems »Politik« gegenüber dem »Markt«, desto geringer und unsicherer ist in einer Demokratie der Einfluß der Vermögenden auf den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß (auf Märkten entscheiden die »Geldstimmen«, bei Wahlen hingegen hat jeder nur eine Stimme).

Die große Leistung der monetaristischen Renaissance bestand nicht darin, diesen Forderungen wieder Gehör verschafft zu haben (dafür hatten seit den sechziger Jahren offensive Gewerkschaften, die Studentenbewegung, der Aufstieg der Sozialdemokratie und auch die Ökologiebewegung gesorgt), sondern in der – mit Nobelpreisen belohnten – *Wissenschaftlichkeit* des Beweises, daß diese Forderungen nicht partikulären Interessen nützen, sondern dem allgemeinen Besten.

Mit der Übernahme des Monetarismus als Fundament ihrer Politik hat die Bundesbank nicht nur den Interessen des Finanzkapitals gedient (durch hohe Zinsen und eine überharte Mark), sondern zugleich dazu beigetragen, *Gewerkschaften* und *Sozialdemokratie* in die Schranken zu weisen: Anfang der achtziger Jahre verfolgte die SPD/FDP-Koalition eine restriktive Budgetpolitik (im Gegensatz zu Ronald Reagan); obwohl dies dem monetaristischen Credo der Bundesbank entsprach, »belohnte« sie die Regierung unter Kanzler Schmidt mit einem exorbitant hohen Zinsniveau: Eine restriktive Geld- und Fiskalpolitik waren freilich für die deutsche Wirtschaft zuviel des Schlechten, die so verlängerte Rezession trug wesentlich zum Sturz von Helmut Schmidt als Bundeskanzler bei.

Schließlich deutet das Verhalten der Bundesbank gegenüber dem Euro-Projekt darauf hin, daß ihre Politik in hohem Maß vom Interesse am *Erhalt ihrer Macht* bestimmt wird: Nach außen bekennt sie sich zwar zur monetären Einigung Europas, gleichzeitig hat sie aber die Realisierung dieses Projekts geradezu systematisch behindert.²

EIN EXKURS: REALKAPITAL, FINANZKAPITAL UND ARBEIT

Um zu begreifen, warum der Einfluß des Monetarismus und seiner wichtigsten Vertreter, der Notenbanken, so gestiegen ist, ist es nötig, drei ökonomische »Fundamentalinteressen« zu unterscheiden: Realkapital, Finanzkapital und Arbeit.³

Realkapital ist das in Produktionsmitteln (Maschinen und Bauten) an-

gelegte Vermögen; die Bildung des Realkapitals wird teilweise durch Eigenmittel der Eigentümer und teilweise durch Kredite (Finanzschulden) finanziert. Letztere stellen das *Finanzkapital* der Gläubiger dar: Unmittelbar sind dies überwiegend die Banken und Sparkassen, mittelbar aber die privaten Haushalte, welche ihr Sparvermögen bei solchen Instituten ein- bzw. anlegen.

Betrachtet man der Einfachheit halber den Finanzsektor als reinen »Vermittler«, so gilt: Das Finanzkapital stellt die Gesamtheit aller Forderungen (Ersparnisse) des *Haushaltssektors* dar, mit denen die private und öffentliche Realkapitalbildung finanziert wird.

Die Finanzposition des Staates hängt entscheidend von der Investitions- und Verschuldungsbereitschaft der Unternehmen ab: Ist diese als Folge niedriger Zinssätze und fester Wechselkurse hoch, so wird das Sparen der Haushalte über Vermittlung des Finanzsektors (via Investitionskredite) in *Produktionsmittel* und damit auch in *Arbeitsplätze* transformiert: Bei hohem Wirtschaftswachstum kann der Staat häufig Überschüsse aufweisen (z. B. Deutschland in den sechziger Jahren).

Steigt die Profitabilität von Investition und Spekulation auf *Finanzmärkten* relativ zu den unternehmerischen Aktivitäten auf *Gütermärkten* an und agieren deshalb die Unternehmen – insbesondere die großen Konzerne – relativ stärker als Finanzkapitalisten denn als Realkapitalisten, so sinkt das Wirtschaftswachstum, die Arbeitslosigkeit steigt (und damit auch die Sozialausgaben), und die Steuereinnahmen bleiben gedämpft: Der Staat muß permanente Defizite in Kauf nehmen, er wird zum Nettoschuldner (die Industrieländer seit den siebziger Jahren).

Der *Finanzsektor* agiert je nach den Rahmenbedingungen stärker im Interesse des Realkapitals *oder* des Finanzkapitals: Bei stabilen Wechselkursen, Zinssätzen und Aktienkursen konzentrieren Banken und Sparkassen ihr Gewinnstreben auf die optimale realwirtschaftliche Veranlagung ihrer Einlagen, also auf die Finanzierung der *Realinvestitionen* der Unternehmen. Je mehr die Notenbanken das Zinsniveau in die Höhe treiben und je größer die Gewinnchancen von kurzfristiger Finanzspekulation werden, desto stärker konzentrieren sich auch die Banken auf *Finanzmarktaktivitäten*, um die gestiegenen Ansprüche ihrer Einleger zu befriedigen. Nicht mehr der kreditnehmende Unternehmer, dessen Investitionen und Innovationen positive Realzinsen »erwirtschaften«, ist der wichtigste Kunde des Finanzsektors, sondern die *Rentiers*, welche ihr Finanzkapital den Banken zur Vermehrung anvertrauen.

Aktienkapital nimmt eine Zwitterstellung ein: Insofern es ein anteiliges Eigentum am Unternehmen darstellt, ist es Real(Eigen)kapital, insofern sein Wert durch (spekulativen) Handel auf Aktienbörsen bestimmt wird, ist es Finanzkapital. Daraus folgt zweierlei: Erstens kann sich der

Kurswert der Aktien vom realen Wert des Produktivkapitals der Aktiengesellschaften weitgehend lösen, und zweitens bewirkt ein genereller Kursanstieg, daß alle Aktienbesitzer reicher werden, aber niemand ärmer (im Gegensatz zu Devisen oder Krediten stellen Aktien Vermögenswerte dar, die niemandes Schulden sind).

Entsprechend dem Einsatz von Arbeit, Fremdkapital und Eigenkapital lassen sich drei Arten von Produktionskosten bzw. -einkommen unterscheiden: *Löhne* für die Arbeitnehmer, *Zinszahlungen* für die Rentiers und *Gewinne* für die Unternehmer. Von diesen drei Kostenarten schwanken die Zinszahlungen bei weitem am stärksten, und zwar deshalb, weil Unternehmen überwiegend zu flexiblen Zinsen bei Banken verschuldet sind: Steigt der (nominelle) Zinssatz etwa von 5 Prozent auf 8 Prozent, so steigen die Zinszahlungen um 60 Prozent an (bei einer Unternehmensschuld von 100 Mill. DM von 5 auf 8 Mill. DM). Wegen dieses »Zinsakzelerators« erhöhen nur Ölpreisschocks die Produktionskosten der Unternehmen so drastisch wie die »Zinsschocks« der Notenbanken.

Darin liegt auch der Widersinn einer *Inflationsbekämpfung* durch Erhöhung der Leitzinsen: Eine solche Politik *erhöht* ja die Produktionskosten und dämpft überdies die Realkapitalbildung und damit das künftige Güterangebot; wird eine Hochzinspolitik über mehrere Jahre beibehalten (wie in Deutschland 1989–93), so wird der Produktionsertrag immer stärker von den Unternehmern zu den Rentiers umverteilt; zunächst führen die Unternehmen ihre bereits geplanten Investitionen trotzdem durch und weiten deshalb ihre Kreditaufnahme aus: Die Relation zwischen ihren Schulden und ihren Gewinnen steigt sprunghaft, etwa zwei bis drei Jahre nach Beginn der Hochzinspolitik schränken sie Investitionen, Kreditaufnahme und Beschäftigung stark ein, die Wirtschaft schlittert in eine Rezession, in der die Inflation zurückgeht und das Budgetdefizit steigt: Die steigenden Zinsen bekämpfen nicht spezifisch den Preisaufrtrieb, sondern gewissermaßen die (reale) Gesamtwirtschaft, und tragen deshalb wesentlich zum Anstieg von Arbeitslosigkeit und Budgetdefizit bei.⁴

WER SIND DIE MODERNEN RENTIERS?

Die ökonomischen Hauptinteressen von Arbeit, Realkapital und Finanzkapital sind klar voneinander abgegrenzt:

- *Arbeitnehmer* wünschen ein hohes und gesichertes Beschäftigungsniveau und Reallöhne, welche zumindest nicht langsamer wachsen als ihre Produktivität.
- *Unternehmer* sind an optimalen Bedingungen für Profiterzielung auf

Gütermärkten interessiert und damit an günstigen (Finanzierungs)Bedingungen für Investition, Produktion und Handel (niedrige Realzinsen, zumindest kein überbewerteter Wechselkurs, Reallöhne, welche maximal im Ausmaß der Arbeitsproduktivität steigen).

– Rentiers wünschen einen hohen Zinssatz und Wechselkurs der Währung, in der sie ihr Finanzkapital angelegt haben, die professionellen Manager ihres Vermögens überdies eine hohe Volatilität von Zinssätzen, Aktien- und Wechselkursen: Egal, ob die Kurse steigen oder fallen, je stärker sie schwanken, desto größer der potentielle Spekulationsgewinn.

Während Arbeit, Realkapital und Finanzkapital nach der Beteiligung am Produktionsprozeß und damit den ökonomischen Hauptinteressen klar unterschieden werden können, gibt es keine voneinander eindeutig abgrenzbare Gruppen (»Klassen«) von Unternehmern, Rentiers und Arbeitnehmern; vielmehr kann dieselbe Person unternehmerisch tätig sein, aus eigenem Finanzkapital Renditen erzielen und als Arbeitnehmer ein Lohn Einkommen beziehen. Während Überschneidungen von unternehmerischer und unselbständiger Tätigkeit relativ selten sind, sind Unternehmer wie Arbeitnehmer zumeist auch Rentiers, und zwar in dem Maß, in dem sie Finanzvermögen besitzen, seien es Sparguthaben, Anleihen oder Beteiligungen an Fonds.

Große Konzerne können überdies wählen, ob sie ihr Gewinnstreben stärker auf die Güter- oder auf die Finanzmärkte lenken, in Abhängigkeit von den jeweiligen Profitchancen: Steigen die Realzinsen und nehmen die Chancen kurzfristiger Finanzmarktspekulation zu, so mag etwa ein Konzern wie Siemens seine Investitionen von realer zu finanzieller Veranlagung verlagern und überdies die spekulativen Aktivitäten seiner »Treasury« forcieren.

Für die meisten Unternehmen und Haushalte sind die aus ihrem Finanzkapital erfließenden Erträge im Vergleich mit ihren Einkommen aus selbständiger oder unselbständiger Tätigkeit bedeutungslos; trotz der »Querverteilung« des Finanzvermögens auf fast alle soziale Schichten gilt deshalb, daß jeder Bürger mit dem Schwergewicht seines Vermögens (Arbeit und Eigentum) entweder Unternehmer oder Rentier oder Arbeitnehmer ist. Wegen der enormen Konzentration der Verteilung des Finanzvermögens ist die Zahl der »hauptberuflichen« Rentiers viel kleiner als jene der »hauptberuflichen« Unternehmer bzw. Arbeitnehmer.

Obwohl die Zinserträge für die meisten Unternehmer und Arbeitnehmer bedeutungslos sind, können sie auf ihre Interessen als »Kleinrentiers« hin angesprochen werden, zumal ihr Ersparnis (Guthaben) als »Notgroschen« oder künftiger Nachlaß eine große psychologische Bedeutung hat. Je weniger die »kleinen Sparer« erkennen (können), daß

hohe Zinsen, eine harte Währung, eine restriktive Wirtschaftspolitik zur Inflationsbekämpfung und freie Finanzmärkte ihren Interessen als Rentiers zwar dienen, ihren viel wichtigeren Interessen als Unternehmer oder Arbeitnehmer aber schweren Schaden zufügen, desto eher werden sie einer Politik im Interesse von Flick und Co. zustimmen.

Zwei Beispiele zur »Verführbarkeit« der »kleinen Sparer« für die Interessen des Finanzkapitals:

– Fragt man eine beliebige Gruppe, ob sie lieber höhere oder niedrigere Zinsen wünsche, so entscheiden sich die Befragten für ersteres: Sie sehen nicht, daß als Folge von (zinsbedingten) Investitions- und Produktionseinschränkungen die Verluste bei ihren Lohn- und Gewinneinkommen viel höher ausfallen als die Zuwächse ihrer zumeist bedeutungslosen Zinserträge.

– Helmut Kohl versprach der ostdeutschen Bevölkerung, ihr für eine »schlechte« Ost-Mark eine »harte« DM zu geben und so den Wert ihrer Finanzvermögen zu erhöhen. Dieses Versprechen war ein wesentlicher Grund für Kohls Wahlsieg im Oktober 1990; allerdings gibt es heute in der ehemaligen DDR fast keine Industrie mehr und statt dessen Massenarbeitslosigkeit: Die Währungsumstellung 1:1 bedeutete nämlich eine reale Aufwertung der Ost-Mark um mehr als 200 Prozent; daß dies der Hauptgrund für den Zusammenbruch der ostdeutschen Industrie gewesen war, macht ein Vergleich mit der tschechischen Industrie deutlich: Diese war 1989 nicht besser als jene der DDR gewesen, doch blieb ihr eine »Währungsverhärtung« erspart.

DIE NOTENBANKEN ALS »RENTIERSVERBAND«

Der Widerspruch von objektiv-ökonomischen und subjektiv-politischen Interessenkonflikten zwischen den »hauptberuflichen« Unternehmern, Rentiers und Arbeitnehmern erschwert zusätzlich die gesellschaftliche Integration der »Interessentriade«:

– Ökonomisch ist der Interessengegensatz zwischen Realkapital und Finanzkapital schärfer als der zwischen Realkapital und Arbeit; dies wird am Verteilungskonflikt deutlich: Steigen die Löhne, so schmälert dies zwar die Gewinne, doch wird diese Umverteilung in erheblichem Maß dadurch wieder wettgemacht, daß der Großteil des Lohnanstiegs den Unternehmen als Konsumausgaben wieder zufließt; letzteres ist bei einer Umverteilung zugunsten der Rentierseinkommen infolge eines Zinsanstiegs kaum der Fall: Zinserträge fließen zum großen Teil den Besser- und Bestverdienenden zu und werden deshalb überwiegend gespart (wieder veranlagt). Positiv formuliert: Abgesehen vom Verteilungskonflikt haben

Unternehmer und Arbeitnehmer ein essentielles *gemeinsames* Interesse an hohem Produktionswachstum als Voraussetzung für steigende Löhne und Gewinne.

– *Politisch* stehen jedoch die Unternehmer den (»hauptberuflichen«) Rentiers und ihren Managern näher als den Arbeitnehmern; dafür dürfte einerseits ein Gefühl der sozialen Zusammengehörigkeit bestimmend sein und andererseits das Denken in der traditionellen Dichotomie Arbeit versus Kapital (egal ob Real- oder Finanzkapital).

Dieser Widerspruch zwischen den ökonomischen und den politischen Interessen von Realkapital, Finanzkapital und Arbeit prägt die gesellschaftliche Entwicklung in wachsendem Maß, insbesondere in Deutschland⁵: Zwar haben der Monetarismus als Ideologie des Finanzkapitals und die Bundesbank als ihr wichtigster Vertreter durch Hochzinspolitik und DM-Aufwertung den Unternehmern *ökonomisch* geschadet, *politisch* aber gefallen ihnen die monetaristischen Forderungen, insbesondere solange sie in den Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und dem Wohlfahrtsstaat ihre Hauptfeinde erblicken.

Als besonders stark erwies sich die »Spaltkraft« der Bundesbankpolitik Anfang der neunziger Jahre: Steigende DM-Zinsen, der Zusammenbruch fester Wechselkurse in Europa und die nachfolgende DM-Aufwertung verschlechterten den *Produktionsstandort Deutschland*. Da jedoch die Unternehmer zins- und aufwertungsbedingte Kostensteigerungen als »Wille des Marktes« schlucken (vielfach nehmen sie die Rolle der Bundesbank überhaupt nicht wahr), versuchten sie sich bei ihren traditionellen »Gegnern« schadlos zu halten, den *Gewerkschaften*.

Die Ausbreitung des Monetarismus und der »gesellschaftliche Aufstieg« der Notenbanken (bei gleichzeitigem »Abstieg« der Regierungen) hängen unmittelbar mit dem Problem zusammen, daß es *drei* ökonomische Hauptinteressen gibt, aber nur zwei wahrgenommen und politisch vertreten werden:

– Einerseits hat das Finanzkapital in fünf Jahrzehnten Wirtschaftswachstum ein enormes Volumen erreicht und »verlangt« deshalb nach einer institutionellen Repräsentanz.

– Andererseits werden die spezifischen Interessen des Finanzkapitals nicht gesondert wahrgenommen und sind daher auch nicht durch eigene Institutionen vertreten (Unternehmerverbände und Gewerkschaften gibt es hingegen schon seit langem).⁶

Dieser Widerspruch wurde seit Ende der siebziger Jahre schrittweise durch die Notenbanken überbrückt: Anstelle des nicht vorhandenen »Rentiersverbandes« übernahmen sie – unmerklich und ungeplant – die *Interessenvertretung des Finanzkapitals*, wissenschaftlich durch den Monetarismus fundiert.

Abschließend sollen (geld)politische Verhaltensmuster der Bundesbank am Beispiel einzelner Episoden skizziert werden; ob sich die »Puzzlesteine« eher zum Selbstbild der Bundesbank zusammenfügen oder zum Alternativbild, mag der Leser beurteilen; dabei ist zu bedenken, daß sich beide Bilder nicht ausschließen müssen.

Inflationsbekämpfung durch Hochzinspolitik

Nur in der Rhetorik bekämpft die Bundesbank die Inflation durch Steuerung der Geldmenge, in der Praxis allerdings durch *Zinssteigerungen*.⁷ Die Problematik des Versuchs, den Preisaufrtrieb durch *Kostenerhöhungen* zu dämpfen, soll am Beispiel der letzten Hochzinsphase skizziert werden.

Bis Mitte 1992 erhöhte die Bundesbank den Diskontsatz von 3,5 Prozent auf 8,75 Prozent (!), der Bankkreditzins (Prime Rate) stieg dementsprechend von 6,0 auf 11,3 Prozent. Dies ließ die Zinszahlungen der (westdeutschen) Unternehmen 1988–92 um 80,4 Prozent wachsen, die Lohnsumme nahm hingegen nur um 32,1 Prozent zu; der höhere Zinsaufwand trug wesentlich dazu bei, daß die Unternehmereinkommen zwischen 1988 und 1992 nur um 8,3 Prozent stiegen. Zunächst setzte sich der Investitionsboom fort, die Unternehmen kompensierten die Verschlechterung ihrer Gewinnentwicklung durch eine Ausweitung der Kreditaufnahme: Die Relation zwischen den (Netto)Schulden und ihren Gewinnen nahm sprunghaft zu (zwischen 1990 und 1992 um 41 Prozent), dies trug wesentlich zur Rücknahme von Investitionen und Kreditaufnahme im Folgejahr und damit zum Ausmaß der Rezession 1993 bei, die wiederum eine Ausweitung des Budgetdefizits nach sich zog.

Angesichts des expansiven Sondereffekts der Wiedervereinigung und des Fehlens weltwirtschaftlicher Turbulenzen läßt sich sogar darüber spekulieren, ob es ohne die Hochzinspolitik der Bundesbank überhaupt zu einer Rezession hätte kommen müssen.⁸

Im Zuge von Zinserhöhungen zur Inflationsbekämpfung fordert die Bundesbank regelmäßig auch zur *Lohnzurückhaltung* auf (insbesondere vor Tarifverhandlungen) und droht anderenfalls mit weiteren Zinssteigerungen; damit schadet sie freilich zunächst den Unternehmern am meisten, welche die höheren Zinszahlungen zu leisten haben. Nur indirekt können die Arbeitnehmer durch Zinserhöhungen der Bundesbank »bestraft« werden, wenn nämlich die Unternehmen auf die zinsbedingte Gewinndämpfung mit einer Rücknahme von Investitionen und Beschäftigung reagieren.

Ende der siebziger Jahre vollzogen die wichtigsten Notenbanken einen deklarierten Kurswechsel zu einer (pseudo)monetaristischen Geldpolitik: Sie erhöhten die Leitzinsen stärker als je zuvor, seither liegt das Zinsniveau permanent *über* der Wachstumsrate, während es davor darunter gelegen hatte.

Die Unternehmen reagierten auf diesen »Regimewechsel« mit einer Verlagerung ihrer Aktivitäten von Real- zu Finanzinvestitionen: Hätten sie nämlich ihre Kreditaufnahme zur Ausweitung realer Investitionen weiterhin so stark erhöht wie unter der Bedingung eines unter der Wachstumsrate liegenden Zinsniveaus, so wären ihre *Schulden* rascher gestiegen als ihre Umsätze. Deshalb sowie wegen der höheren Profitabilität von *Finanzanlagen* und der steigenden Gewinnchancen kurzfristiger *Spekulation* auf den (derivaten) Finanzmärkten schränkten die Unternehmen die Nachfrage nach Investitionskrediten ein: Sie waren unter den geänderten Systembedingungen verständlicherweise in geringerem Ausmaß bereit, ihre gesellschaftliche Hauptfunktion zu erfüllen, nämlich, das Finanzkapital durch Kreditaufnahme in Realkapital zu »verwandeln« und damit indirekt in neue Arbeitsplätze.

Die Investitionsschwäche dämpfte das Wirtschaftswachstum und damit auch die Steuereinnahmen und ließ die Zahlungen an Arbeitslose steigen: Seit der Zinssatz permanent über der Wachstumsrate liegt, ist deshalb die Staatsschuld in *allen* Industrieländern rascher gestiegen als die Gesamtwirtschaft.

Die Verhärtung der Deutschen Mark

Die USA erfuhren schon Anfang der achtziger Jahre, mit welcher Härte eine *Aufwertung* Produktion und Beschäftigung treffen kann: Beflügelt durch die Hochzinspolitik wurde der Dollar zwischen 1980 und 1985 so hart, daß die US-Exporte fünf Jahre lang stagnierten; Deutschland profitierte hingegen von der relativ *weichen* DM: Seine Exporte wuchsen trotz schwacher Weltkonjunktur um mehr als 5 Prozent pro Jahr.

Die Begünstigung des *Finanzkapitals* durch einen hohen Zinssatz und Wechselkurs des Dollars bedrohte die Position der USA auf den *Gütermärkten* immer mehr, ab Mitte der achtziger Jahre setzte deshalb ein Kurswechsel ein: Leitzinssenkungen lösten eine »überschießende« Abwertung des Dollars aus, die Unterbewertung (»Weichheit«) des Dollars gegenüber den europäischen Währungen und dem Yen nahm Anfang der neunziger Jahre weiter zu; denn die US-Notenbank senkte den Diskont-

satz auf das *niedrigste* Niveau seit 1945, die Bundesbank erhöhte ihn auf das *höchste* Niveau.

Diese Hochzinspolitik war die wichtigste Ursache für die weitere Verhärtung der DM sowie ihrer »Satellitenwährungen« *innerhalb der EU*, insbesondere gegenüber dem Pfund, der Lira und der Peseta. Ausgelöst wurde diese Entwicklung durch ein Interview von Bundesbankpräsident Schlesinger am 16. September 1992; zu einem Zeitpunkt höchster Nervosität auf den Devisenmärkten erklärte er gegenüber dem *Wall Street Journal* und dem *Handelsblatt*, er wolle nicht ausschließen, daß »noch die eine oder andere Währung unter Druck geraten könne«. Am nächsten Tag »spülte« eine Spekulationswelle das Pfund und die Lira aus dem europäischen System fester Wechselkurse.⁹

Mit ihrer Politik einer harten DM hat die Bundesbank deutsche Exporte enorm *verteuert*: Ihre Preise stiegen in Dollar seit 1985 um 110 Prozent, jene »made in USA« hingegen nur um 15 Prozent (in DM gerechnet waren die deutschen Exportpreise nahezu konstant geblieben, die Lohn- und Preiszurückhaltung wurde durch die *Verhärtung* der DM zunichte gemacht). Dementsprechend sind die Exporte der USA in den letzten 12 Jahren um fast 9 Prozent pro Jahr gestiegen, jene Deutschlands aber nur um etwa 3 Prozent (seit 1992 sind auch die Exporte von Großbritannien, Italien, Spanien sowie den übrigen europäischen Weichwährungsländern mehr als *doppelt* so rasch gewachsen wie die deutschen).

Rhetorik und Praxis der Wirtschaftspolitik in den USA und Europa

Unter Notenbankchef Greenspan und Präsident Clinton nahm der Einfluß des Neoliberalismus in den USA in der *Rhetorik* zu und in der *Praxis* ab: Das monetaristische Konzept einer *Geldmengensteuerung* wurde aufgegeben, die Notenbank *toleriert eine Inflation* von etwa 3 Prozent, das Bundesbudget wurde primär durch *Steuererhöhungen* für die *Bestverdiener* konsolidiert (der Spitzensteuersatz wurde um etwa 10 Prozentpunkte angehoben); zusätzlich wurde die negative Einkommenssteuer für die »working poor« stark ausgeweitet (OECD, Economic Survey: *United States*, November 1993); beide Maßnahmen verteilten die Einkommen von »oben« nach »unten«, das Budgetdefizit konnte so gesenkt werden, ohne die *Konsumnachfrage* zu dämpfen.

In *Europa* verlief die Entwicklung genau umgekehrt: Je mehr sich die Krise vertieft, desto mehr wird der Neoliberalismus zum *rhetorischen* Feindbild (gemeinsam mit der *Globalisierung*), gleichzeitig wird aber die konkrete Wirtschaftspolitik immer stärker vom neoliberalen Weltbild geprägt: Die *Härte einer Währung* wird zu einem Eigenwert hochstilisiert,

insbesondere auch im Hinblick auf den Euro (zur Freude der USA), die EU-Länder wetteifern um die *niedrigste Inflation* und damit um die *höchsten Realzinsen, Sozialabbau* und *Steuersenkungen* für die Bestverdiener werden zum Qualitätssiegel der Wirtschaftspolitik, etc.

Der *bedeutendste Exporterfolg* der USA bestand somit in der Ausfuhr der unter Reagan ausprobierten Rezeptur des Neoliberalismus/Monetarismus: Während nun die europäische Wirtschaftspolitik in wachsendem Maß den Interessen des Finanzkapitals dient, importierten die USA umgekehrt jene früher in Europa verwendeten Konzepte, welche sich stärker auf Realkapitalbildung und Exportdynamik konzentrieren und damit indirekt auf Vollbeschäftigung.

Die Bundesbank und der Euro

Die Ausbreitung des neoliberalen Zeitgeists in Europa manifestiert sich auch in den Maastricht-Kriterien. Diese unterstellen die monetaristische Doktrin, wonach der »ausufernde Wohlfahrtsstaat« die Hauptursache von Budgetdefiziten ist und es der *Staat* daher allein in der Hand hat, sein *Budget* zu konsolidieren. Tatsächlich kann jedoch der Staat sein Defizit nur dann ohne Wachstumsverluste senken, wenn gleichzeitig der Unternehmenssektor (und/oder das Ausland) sein Defizit erhöht oder die privaten Haushalte ihre Überschüsse reduzieren.

Damit diese Bedingungen erfüllt sind, bedarf es einer *kooperativen Geldpolitik* durch die Notenbank; diese kann nämlich das Zinsniveau so sehr steigern und die eigene Währung derart »verhärten«, daß den Regierungen eine Budgetkonsolidierung schwer bis unmöglich gemacht wird. Tatsächlich hat die Bundesbank seit der Konkretisierung der Euro-Pläne im Jahr 1989 durch ihre Hochzinspolitik sowie ihre Beiträge zum Zusammenbruch des Systems fester Wechselkurse in der EU selbst zum *Anstieg der Staatsverschuldung* beigetragen, fordert aber nun eine »punktgenaue« Einhaltung der Maastricht-Kriterien ein; dieses Verhalten dürfte von der Einsicht (mit)getragen sein, daß nur so das Euro-Projekt noch zu Fall gebracht werden kann (darin weiß sich die Bundesbank mit allen DM-Patrioten einig). All dies kommt einer Strategie »Haltet den Dieb« nahe: Im Kampf ums eigene Überleben wird selbst eine messianische Gesinnung schwach.¹⁰

Die Bundesbank und die Operation Gold

Im Juni 1997 war Finanzminister Waigel mit dem Plan gescheitert, durch eine Höherbewertung der Goldreserven der Bundesbank die Staatsschuld zu mindern; er und die gesamte Bundesregierung mit dem Euro-

Vorkämpfer Kohl an der Spitze standen am Pranger der Öffentlichkeit, indirekt wurde so auch das Euro-Projekt selbst diskreditiert.

Ende Juli deckte das Wirtschaftsmagazin *Capital* in einer genau dokumentierten Recherche auf: Die Initiative zur Höherbewertung der Goldbestände samt Ausschüttung des Bewertungsgewinns an die Bundesregierung war von der Bundesbank selbst ausgegangen, wohl um zu verhindern, daß das deutsche Gold zur Gänze in die Hände der (künftigen) Europäischen Zentralbank falle: »Der Notenbankchef höchstpersönlich schlug, gemeinsam mit seinem Stellvertreter Johann Wilhelm Gaddum, die Operation Gold vor. Und zwar im Jänner dieses Jahres – vier Monate vor ihrem Bekanntwerden. Gemeinsam mit Bonn handelte die Bundesbankspitze in Geheimverhandlungen die Modalitäten der Höherbewertung aus – und ließ die Regierung in letzter Minute ins offene Messer laufen« (*Capital*, Heft 7/1997).

Die Bundesbank hat die »hard facts« des Berichts nicht dementiert, geschweige denn gegen *Capital* geklagt – sie müssen daher als zutreffend gelten.¹¹ Daß die deutschen Medien in seltener Einmütigkeit Waigel für seinen »Goldraub« zuerst lächerlich machten, dann aber nicht die Courage hatten, den wahren Hergang zu berichten, bezeugt die Kraft des (Zeit)Geists.

Noch bläst er der Bundesbank nicht ins Gesicht (sondern Europa).

Anmerkungen

- ¹ Zum Messianismus der Notenbanken siehe auch Edward N. Luttwak, »Zentralbank-Kult« in *Lettre International*, Winter 1996. In diesem Zusammenhang könnte man ergänzend einige Ähnlichkeiten zwischen Bundesbank und Vatikan herausarbeiten, etwa hinsichtlich der Bedeutung strikter Dogmatik, der Rolle des Kardinalskollegiums und des Heiligen (Finanz)Stuhls selbst, der »enzyklikahaften« Kommunikation mit der Außenwelt, des Einflusses einzelner Kurienkardinäle auf die Auslegung der Lehre, der geringen Bedeutung der Kardinäle in den Diözesen, der Reserviertheit gegenüber einer zu weitgehenden Ökumene, also der Vereinigung mit anderen (europäischen) Kirchen, etc. Da dieser Artikel unpolemisch argumentieren möchte, muß ich darauf verzichten. Es soll aber nicht unerwähnt bleiben, daß sich Bundesbankpräsident Tietmeyer selbst gern als »Erzbischof vom Main« bezeichnet (selbstironisch).
- ² Die Schärfe (und Bitterkeit) des offenen Briefs von Helmut Schmidt an Hans Tietmeyer in der *Zeit* (8. November 1996) dürfte in hohem Maß in folgender »Doppelrolle« begründet sein: Als Abteilungsleiter unter Wirtschaftsminister Lambsdorff war Tietmeyer maßgeblich am Sturz von Bundeskanzler Schmidt beteiligt, als Bundesbankpräsident kämpft er »verdeckt« gegen die Realisierung des vielleicht wichtigsten Teils im politischen Lebenswerk von Schmidt, der monetären Einigung Europas.
- ³ In der Tradition des Marxismus, aber auch der christlichen Soziallehre wird nur zwischen Kapital(isten) und Arbeit(ern) differenziert, in der klassischen Nationalökonomie

- des 18. und frühen 19. Jahrhunderts spielte auch die Rentiersklasse eine Rolle, doch waren dies nicht die Finanzvermögens-, sondern die Großgrundbesitzer.
- 4 Ein »Treppenwitz« besteht in diesem Zusammenhang darin, daß eine Inflationsbekämpfung durch Zinserhöhungen ein Rezept des von den Notenbanken bekämpften (Lehrbuch) *Keynesianismus* darstellt, das in *diesem* Kontext überdies nur dann zweckmäßig ist, wenn annähernd Vollbeschäftigung herrscht (in monetaristischem Kontext müßte die Inflation durch Steuerung des Geldmengenwachstums bekämpft werden, doch funktioniert dies in der Praxis leider nicht). Bei hoher Arbeitslosigkeit ist die Inflation immer kostenbedingt, ihre Bekämpfung erfordert daher eine Dämpfung sowohl der Lohn- als auch der Zinskosten.
- 5 Die wechselnden (stillschweigenden) »Bündnisse« zwischen Realkapital, Finanzkapital und Arbeit prägen auch die Dynamik im langfristigen polit-ökonomischen Entwicklungszyklus: Die dreißiger Jahre waren durch ein politisches »Zusammenstehen« von Unternehmern und Rentiers charakterisiert, ökonomisch zum Nachteil der Interessen von Arbeit und Realkapital, wissenschaftlich durch die Theorie des »laissez-faire« (Liberalismus) legitimiert. Das Prosperitätsmodell der ersten 25 Nachkriegsjahre basierte auf den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise und wurde durch ein Bündnis der Interessen von Realkapital und Arbeit geprägt, jene des Finanzkapitals (und damit auch die Finanzmärkte) wurden »ruhiggestellt«; legitimiert wurde dieses Modell durch die keynesianische Theorie. In den siebziger Jahren trennte sich das Realkapital vom Partner Arbeit und verbündete sich wieder mit dem Finanzkapital, wissenschaftlich legitimiert durch den Monetarismus; dieser Wechsel war durch mehrere Entwicklungen in den sechziger Jahren herbeigeführt worden: Umverteilung zugunsten der Löhne, Mitbestimmung der Arbeitnehmer, Offensive der Gewerkschaften, Zunahme der Streiks, Studentenbewegung, »antikapitalistische« Haltung vieler Intellektueller, »Vormarsch« der Sozialdemokratie, Ökologiebewegung etc. Da nicht zuletzt durch die Arbeitslosigkeit wieder mehr Besonnenheit eingekehrt ist (auch in den Köpfen) und die Krise ökonomisch auch dem Realkapital schadet, ist wieder ein langsamer »Partnerwechsel« zu erwarten (siehe dazu S. Schulmeister, »Der polit-ökonomische Entwicklungszyklus der Nachkriegszeit«, erscheint 1998 in *Internationale Politik und Gesellschaft*).
- 6 Dafür gibt es neben der Dominanz des Denkens in der Dichotomie (Real)Kapital/Arbeit noch eine Reihe von Gründen: die »Querverteilung« der Finanzvermögen über nahezu alle sozialen Gruppen (viele »kleine Sparer«, wenige große Finanzkapitalisten), die damit zusammenhängende Anonymität ihrer Besitzer (selbst von den bedeutenden Rentiers kommen nur wenige in den Medien vor, und wenn, dann nur in der »Regenbogenpresse«), das Fehlen eines identifizierbaren »Ortes«, wo das Finanzkapital »arbeitet« (letztlich in Unternehmen, im Staatsdienst oder bei verschuldeten Haushalten).
- 7 Dies wird durch mehrere Studien belegt, siehe etwa Ben Bernanke, Ilian Mihov, »What does the Bundesbank target«, *European Economic Review* 41 (1997), S. 1025-1053.
- 8 Der (indirekte) Einfluß der Notenbankpolitik auf die Ausweitung des Budgetdefizits wird durch eine Untersuchung der Entwicklung seit 1960 bestätigt (S. Schulmeister, *Zinsatz, Investitionsdynamik, Wachstumsrate und Staatsverschuldung*, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, 1996): Die Abfolge von anhaltenden Zinssteigerungen, Gewinndämpfung, Kreditausweitung, Anstieg der Relation zwischen Schulden und Gewinnen und schließlich einer starken Investitionssenkung kennzeichnet die Vorgeschichte *jeder* Rezession, dem rezessionsbedingten Anstieg des Budgetdefizits gingen immer zwei bis drei Jahre dauernde Zinserhöhungen voraus. Zinssteigerungen sind somit nicht die Folge von Budgetdefiziten, sondern eine ihrer wichtigsten Ursachen.

- 9 Inhalt und Begleitumstände der Schlesinger-Bemerkung deuten darauf hin, daß sich die Bundesbank trotz ihrer dominant messianischen Gesinnung hin und wieder einen Schuß Macchiavellismus gönnt.
- 10 Zur »verdeckten« Obstruktion der Bundesbank gegen den Euro siehe S. Schulmeister, »EURO-Projekt – Selbsterhaltungsdrang der Bundesbank und das Finale Deutschland gegen Italien«, *WSI-Mitteilungen* 5/1997). Sollte sich das deutsche Budgetdefizit 1997 der 3-Prozent-Marke annähern als Folge der unerwarteten Dollaraufwertung, so wird die Bundesbank die »Gangart« im Herbst verschärfen müssen, am besten durch eine Zinserhöhung (mit der »Schwäche« der DM und den verbundenen Inflationsgefahren läßt sich dies auch begründen); die Mobilisierung der »letzten Reserven« im Kampf gegen den Euro wird überdies wegen der drohenden Teilnahme Italiens unvermeidbar erscheinen (der vorliegende Artikel wurde Ende August 1997 abgeschlossen).
- 11 Das Verhalten der Bundesbank bei der Operation Gold dürfte auch den Hintergrund für eine vieldiskutierte Äußerung des österreichischen Vizekanzlers über Präsident Tietmeyer am Rande des EU-Gipfels in Amsterdam gewesen sein; es scheint hochplausibel, daß der in der Öffentlichkeit als blamiert dastehende Finanzminister Waigel seinen Kollegen den wahren Sachverhalt mitteilte.